

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 3. bis 6. Oktober 2016

[30-09-2016 - 09:44]

Plenartagung

Klimawandel: Abgeordnete wollen Pariser Übereinkommen am Dienstag ratifizieren 3

Das Europäische Parlament ist bereit, das weltweite Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, das im letzten Jahr in Paris vereinbart und vom EU Ministerrat am Freitag 30. September angenommen wurde, nächste Woche zu ratifizieren. Die Abstimmung wird aller Voraussicht nach als erster Punkt Dienstagmittag auf die Tagesordnung gesetzt. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments wird den Weg zum Inkrafttreten des Klimaschutzabkommens ebnen.

Debatte: Beitrag des Parlaments zum EU-Gipfel über Migration, Russland, Handel 4

In Vorbereitung des EU-Gipfels vom 20.-21. Oktober werden die Abgeordneten mit Vertretern des Rates und der Kommission am Mittwochmorgen die neuesten Entwicklungen und Fortschritte bei der Migrationspolitik sowie Schlüsselfragen im internationalen Handel und die künftigen EU-Russland-Beziehungen diskutieren.

Abgeordnete wollen Exportverbot von "Folterausrüstung" stärken 5

Neue EU-Vorschriften für den Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe und zur Folter verwendet werden könnten, stehen am Dienstag zur Diskussion und Abstimmung. In den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten über bisherige Entwürfe der Regeln hat das Parlament ein Verbot von Vertrieb und Durchfuhr von Ausrüstung durchgesetzt, die zur grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung von Menschen in Drittländern verwendet wird.

Abschaffung der Roaming-Gebühren: Ist Prinzip der "angemessenen Nutzung" fair? 6

Die vorgeschlagenen Einschränkungen der Befreiung von Roaming-Gebühren zur Vermeidung des Missbrauchs der entsprechenden Vorschriften stehen im Zentrum einer Plenardebatte am Dienstagabend.

Debatte: EU-Kommissare und Interessenkonflikte 7

Nach verschiedenen Medienberichten über die Verbindungen zur Wirtschaft ehemaliger und derzeitiger EU-Kommissare soll ein Kommissionsmitglied am Dienstagabend den Abgeordneten erklären, wie die Behörde Interessenkonflikte ihrer Mitglieder verhindern will, und sich den Fragen aus dem Plenum stellen.

Debatte zum Zustand der griechischen Wirtschaftsreformen 8

Am Dienstagnachmittag wird das Parlament mit EU-Kommissar Pierre Moscovici über den Stand des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Griechenland diskutieren, sowie über dessen Auswirkungen und die Aussichten für die künftigen Verhandlungen zwischen Griechenland und seinen Gläubigern.

Debate über Syrien und Kolumbien 9

Die jüngsten Entwicklungen in Syrien, einschließlich der Versuche der USA und Russlands, den Waffenstillstand wiederherzustellen, der mit dem Angriff auf einen Hilfskonvoi der UNO und einer Offensive syrischer Regierungstruppen gegen Aleppo gebrochen wurde, stehen im Zentrum einer Debatte am Mittwochnachmittag. Im Anschluss findet eine Aussprache zum Friedensprozess in Kolumbien und zum Ergebnis des Referendums vom 2. Oktober über ein Friedensabkommen mit der FARC statt.

Ausweitung des Transparenzregisters 10



Plenartagung

Weitere Tagesordnungspunkte

Armin WISDORFF

BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS Plenary podcasts on key issues](#)

Plenartagung

Klimawandel: Abgeordnete wollen Pariser Übereinkommen am Dienstag ratifizieren

Das Europäische Parlament ist bereit, das weltweite Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, das im letzten Jahr in Paris vereinbart und vom EU Ministerrat am Freitag 30. September angenommen wurde, nächste Woche zu ratifizieren. Die Abstimmung wird aller Voraussicht nach als erster Punkt Dienstagmittag auf die Tagesordnung gesetzt. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments wird den Weg zum Inkrafttreten des Klimaschutzabkommens ebnen.

Der Umweltausschuss des Parlaments tritt am Montag um 19.00 zusammen, um die Empfehlung zur Ratifizierung zu verabschieden.

Die nächsten Etappe: Marrakesch (COP22)

Das Parlament wird zudem am Mittwoch eine Aussprache mit Rat und Kommission zu den Prioritäten für die nächste Verhandlungsrunde in Marrakesch im November abhalten und Donnerstag eine Entschließung verabschieden.

In dem Entschließungsentwurf heben die Abgeordneten hervor, wie dringend und wichtig es für alle Parteien sei, ihre Emissionsreduktionsverpflichtungen zu erhöhen. Auch die EU sollte bis 2030 ihre Verpflichtungen anheben, fügten sie hinzu.

Hintergrundinformationen

Das [Pariser Übereinkommen](#) tritt am 30. Tag nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens 55 Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens, die nach Schätzungen insgesamt mindestens 55 % der gesamten Treibhausgasemissionen verursachen, bei den Vereinten Nationen ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungsurkunde oder ihre Urkunde über den Beitritt hinterlegt haben.

Bisher haben 61 Parteien, einschließlich der USA und China, das Abkommen ratifiziert. Sie repräsentieren 47,79% der Treibhausgasemissionen weltweit.

Debatte: Mittwoch, den 5. Oktober

Abstimmungen: Dienstag, den 4. Oktober (Ratifizierung COP21) und Donnerstag, den 6. Oktober (COP22 Entschließung)

Verfahren: Zustimmung (COP21) und mündliche Anfrage an Rat und Kommission (mit Entschließung COP22)

#COP22 #ParisAgreement #ClimateChange #COP21

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(COP 22\) \(08.09.2016\)](#)
- [Berichterstatter Giovanni La Via \(EVP, IT\)](#)
- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat zur Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch \(Marokko\) \(COP 22\)](#)
- [Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission zur Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen 2016 in Marrakesch \(Marokko\) \(COP 22\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [Pressemitteilung des Rates \(30.09.2016\)](#)
- [Pressemitteilung der Kommission \(30.09.2016\)](#)

Plenartagung

Debatte: Beitrag des Parlaments zum EU-Gipfel über Migration, Russland, Handel

In Vorbereitung des EU-Gipfels vom 20.-21. Oktober werden die Abgeordneten mit Vertretern des Rates und der Kommission am Mittwochmorgen die neuesten Entwicklungen und Fortschritte bei der Migrationspolitik sowie Schlüsselfragen im internationalen Handel und die künftigen EU-Russland-Beziehungen diskutieren.

Die EU-Staats- und Regierungschefs werden in Brüssel zusammenkommen. Zur Eröffnung der Sitzung wird Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, eine Ansprache halten.

Debatte: Mittwoch, den 5. Oktober

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission

#euco #migrationEU #Russia #trade

Plenartagung

Abgeordnete wollen Exportverbot von "Folterausrüstung" stärken

Neue EU-Vorschriften für den Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe und zur Folter verwendet werden könnten, stehen am Dienstag zur Diskussion und Abstimmung. In den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten über bisherige Entwürfe der Regeln hat das Parlament ein Verbot von Vertrieb und Durchfuhr von Ausrüstung durchgesetzt, die zur grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung von Menschen in Drittländern verwendet wird.

Hintergrundinformationen

Ein wichtiges Instrument der EU für die Bekämpfung von Folter und Todesstrafe ist die [Verordnung von 2005](#). Diese verbietet die Ausfuhr von Gütern, die außer zum Zwecke der Folter keine praktische Verwendung haben (zum Beispiel, elektrische Stühle, automatische Injektionssysteme oder Daumenschrauben). Des Weiteren richtet sie eine Handelskontrolle von Gütern ein, die für andere Zwecke konzipiert wurden, aber zur Vollstreckung der Todesstrafe und zur Folter verwendet werden könnten (zum Beispiel Kampfausrüstung zum Eingreifen bei Ausschreitungen und bestimmte Betäubungsmittel, die in tödlichen Injektionen verwendet werden).

Trotz einiger Erfolge wurde die Verordnung wegen Lücken kritisiert, die weiterhin den Handel, die Vermittlung oder Werbung für diese Güter ermöglichen. Als Reaktion auf eine [Entschließung des Europäischen Parlaments von 2010](#) hat die Kommission im Jahr 2014 einen Gesetzesvorschlag zur Änderung der Verordnung vorgelegt. Der Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments hat [mehrere Änderungsanträge für weitere Handelsbeschränkungen vorgeschlagen](#). Der endgültige Kompromiss, der in Trilogverhandlungen mit der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten ausgehandelt wurde, umfasst die meisten Vorschläge des Ausschusses und muss nun vom Plenum des Parlaments bestätigt werden.

Debatte: Dienstag, den 4. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 4. Oktober

Pressekonferenz: Dienstag, den 4. Oktober um 15:30 Uhr mit EU-Kommissarin Cecilia Malmström

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

#StopTorture #trade #deathpenalty

Weitere Informationen

- [Text des Kompromisses mit den Mitgliedstaaten](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(14.07.2016\)](#)
- [Berichterstatteerin Marietje Schaake \(ALDE, NL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Fighting trade in tools for torture and executions" \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Abschaffung der Roaming-Gebühren: Ist Prinzip der „angemessenen Nutzung“ fair?

Die vorgeschlagenen Einschränkungen der Befreiung von Roaming-Gebühren zur Vermeidung des Missbrauchs der entsprechenden Vorschriften stehen im Zentrum einer Plenardebatte am Dienstagabend.

Als Parlament und Rat sich darauf geeinigt hatten, das Prinzip des „Roam like at home“ (Roaming nach den Bedingungen des Heimatlandes) in das Telekompaket aufzunehmen, das die Abgeordneten [im Oktober 2015 verabschiedet](#) haben, haben sie die Kommission beauftragt, zusätzliche Maßnahmen vorzuschlagen, um die Roaming-Befreiung praxistauglich zu machen.

Der jüngste Vorschlag der Kommission zur „fair use“ – „angemessenen Nutzung“ – stand am 26. September im Industrieausschuss zur Debatte, wo einige Abgeordnete unter anderem darauf hingewiesen haben, die Vorschriften klarer zu gestalten und den Datenschutz sowie den Schutz der Privatsphäre der Verbraucher zu stärken.

Debatte: Dienstag, den 4. Oktober

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission

#fairuse #roaming

Weitere Informationen

- [Video der Debatte im Industrieausschuss \(26.09.2016\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Debatte: EU-Kommissare und Interessenkonflikte

Nach verschiedenen Medienberichten über die Verbindungen zur Wirtschaft ehemaliger und derzeitiger EU-Kommissare soll ein Kommissionsmitglied am Dienstagabend den Abgeordneten erklären, wie die Behörde Interessenkonflikte ihrer Mitglieder verhindern will, und sich den Fragen aus dem Plenum stellen.

Zuletzt kam die ehemalige niederländische EU-Kommissarin für Wettbewerb Neelie Kroes in Bedrängnis, da sie während ihrer Amtszeit auch Direktorin einer Briefkastenfirma auf den Bahamas war und dies verschwieg.

Auch der Wechsel des früheren EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zum Bankhaus Goldman Sachs hatte Staub aufgewirbelt. Nun befasst sich der Bürgerbeauftragte der EU mit dem Fall.

Debatte: Dienstag, den 4. Oktober

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#ConflictOfInterest #EUCommissioners

Weitere Informationen

- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [Brief der EU-Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly an Kommissionspräsident Juncker zum Wechsel von Barroso zu Goldman-Sachs \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Debatte zum Zustand der griechischen Wirtschaftsreformen

Am Dienstagnachmittag wird das Parlament mit EU-Kommissar Pierre Moscovici über den Stand des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Griechenland diskutieren, sowie über dessen Auswirkungen und die Aussichten für die künftigen Verhandlungen zwischen Griechenland und seinen Gläubigern.

Das Parlament ist an der Kontrolle des griechischen Finanzhilfeprogramms, insbesondere durch die Arbeitsgruppe „Finanzhilfe“ unter Leitung von Roberto Gualtieri (S&D, IT), beteiligt gewesen.

Hintergrundinformationen zur Arbeitsgruppe „Finanzhilfe“

Am 21. Januar 2016 hat die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments eine Reihe von Maßnahmen zur Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle der EU-Finanzhilfeprogramme angenommen. Dazu gehörte insbesondere die Schaffung einer Arbeitsgruppe „Finanzhilfe“ im Ausschuss für Wirtschaft und Währungsangelegenheiten des Parlaments, und entsprechende Informationsreisen in die von den Programmen betroffenen Länder.

Debatte: Dienstag, den 4. October

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#ESM #Greece

Weitere Informationen

- [Press release following FAWG meeting with VP Dombrovskis and Commissioner Moscovici in Strasbourg \(11.04.2016\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Plenartagung

Debate über Syrien und Kolumbien

Die jüngsten Entwicklungen in Syrien, einschließlich der Versuche der USA und Russlands, den Waffenstillstand wiederherzustellen, der mit dem Angriff auf einen Hilfskonvoi der UNO und einer Offensive syrischer Regierungstruppen gegen Aleppo gebrochen wurde, stehen im Zentrum einer Debatte am Mittwochnachmittag. Im Anschluss findet eine Aussprache zum Friedensprozess in Kolumbien und zum Ergebnis des Referendums vom 2. Oktober über ein Friedensabkommen mit der FARC statt.

Der Konflikt in Syrien hat seit 2011 über 250.000 Menschen das Leben gekostet. Mehr als 4 Millionen Syrer mussten auf der Suche nach Sicherheit in die Nachbarländer fliehen.

Kolumbien

Am 2. Oktober findet in Kolumbien ein Referendum statt, um das historische Friedensabkommen vom 23. Juni, das am 26. September vom Präsidenten des Landes Juan Manuel Santos und vom Anführer der linksgerichteten Rebellenarmee FARC, Timoleon Jimenez, unterzeichnet wurde, um den schon 52 Jahre andauernden Bürgerkrieg zu beenden.

Abgeordnete des Europäischen Parlaments und ihre lateinamerikanischen Kollegen werden in Kolumbien den Ablauf des Referendums beobachten.

Debatte: Mittwoch, den 5. Oktober

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten

#Syria #Colombia

Weitere Informationen

- [EP-Hintergrundinformationen: "Conflict in Syria: Trigger factors and the EU response"](#) (auf Englisch)
- [EP-Hintergrundinformationen: "The Colombian peace process"](#) (auf Englisch)

Plenartagung

Ausweitung des Transparenzregisters

Am Mittwoch debattieren die Abgeordneten über einen Vorschlag, das Transparenzregister auch auf den Rat anzuwenden. Das Register listet unabhängige Organisationen und Personen auf, deren Ziel es ist, die Entscheidungsprozesse der EU-Institutionen zu beeinflussen. Einer verpflichtenden Regelung, die für alle EU-Institutionen gilt, sehen die Abgeordneten mit großem Interesse entgegen.

Am 23. Juni 2011 haben Parlament und Kommission ein gemeinsames Transparenzregister eingeführt. Das Parlament hat die Registrierung für Interessenvertreter als bisher einzige Institution zur Pflicht gemacht.

Hintergrundinformationen

Im Jahr 2011 hat das Parlament mit der EU-Kommission ein gemeinsames Lobbyisten-Register durchgesetzt. Davor hatte das Parlament sein eigenes, freiwilliges Registrierungssystem.

Seit 2008 hat das Parlament in verschiedenen Entschlüssen andere EU-Institutionen aufgefordert, ebenfalls ein verpflichtendes Register einzuführen. Es hat auch Anreize geschaffen, wie das Verbot für nicht-registrierte Interessenvertreter, auf öffentlichen Anhörungen das Wort zu ergreifen, und ein vereinfachtes Akkreditierungsverfahren eingeführt.

Debatte: Mittwoch, den 5. Oktober

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission

#EUTransparency

Weitere Informationen

- [Gemeinsames Transparenzregister](#)
- [Entschließung des Parlaments vom 8. Mai 2008 zu dem Aufbau des Regelungsrahmens für die Tätigkeit von Interessenvertretern \(Lobbyisten\) bei den Organen der EU](#)
- [Beschluss des Parlaments vom 11. Mai 2011 zu dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Parlament und der Kommission über ein gemeinsames Transparenz-Register](#)
- [Beschluss des Parlaments vom 15. April 2014 über die Änderung der Interinstitutionellen Vereinbarung über das Transparenz-Register](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: EU-Transparenzregister](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien - *Bericht: Christel Schaldemose, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*

- Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Griechenland aufgrund des Erdbebens, das im November 2015 die Ionischen Inseln erschütterte - *Bericht: Georgios Kyrtos, Abstimmung Dienstag*

- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – EGF – in Schweden (Ericsson) und Finnland (Microsoft) - *Berichte: Esteban González*

Plenartagung

Pons und Petri Sarvamaa, Abstimmung Dienstag

- Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik - die Fälle Caterpillar und Alstom – *Entschließungsanträge, Abstimmung Mittwoch*

- Situation im Kongo, *Erklärung der EU-Außenbeauftragten, Debatte Mittwoch*

- Lage in Calais - *Erklärung der Kommission, Debatte Dienstag*

- Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa - *Bericht: Isabelle Thomas, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*

- Frauenrechte in Polen - *Erklärung der Kommission, Debatte Mittwoch*

- Prozesskostenhilfe für Verdächtige und Beschuldigte in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls - *Bericht: Dennis de Jong (COD), Abstimmung Dienstag*

- Europäische Staatsanwaltschaft und Eurojust - *Anfragen zur mündlichen Beantwortung und Entschließung, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch,*